

verlangen eine noch konsequentere Qualifizierung der Frauen, vor allem auf dem Gebiet der Technik, die systematische und zielstrebige Schaffung weiterer materieller Bedingungen zur Erleichterung ihres Lebens und die entschiedene Überwindung auch der letzten Reste rückständiger Auffassungen über die Rolle der Frau im Sozialismus. Die Lösung dieser Aufgaben kann in den Betrieben nicht - wie das bisher häufig der Fall ist - in überwiegendem Maße den Frauenausschüssen überlassen bleiben, sondern ist vielmehr Sache der staatlichen Leiter im Betrieb. Die Aufgabe der Gewerkschaften, als der größten demokratischen Massenorganisation der Werktätigen, ist es dabei, allseitig die Interessen der Frauen und Mädchen zu vertreten.

Aus diesem Grund empfiehlt das Politbüro des ZK der SED, die Frauenausschüsse in den Betrieben in Zukunft den Betriebsgewerkschaftsleitungen zu unterstellen und ihnen die Rechte und Pflichten einer Kommission bei der Betriebsgewerkschaftsleitung zu geben. Im Rahmen der Gewerkschaft werden die Frauenausschüsse besser in der Lage sein, die Belange der im Betrieb arbeitenden Frauen und Mädchen zu vertreten. Sie erhalten dadurch die Möglichkeit, über die Betriebsgewerkschaftsleitung ihre Vorschläge unmittelbar an die staatlichen Leiter des Betriebes heranzutragen und auf ihre Verwirklichung Einfluß zu nehmen. Gleichzeitig wird verhindert, daß den Frauenausschüssen Aufgaben übertragen werden, die ihre Kraft übersteigen und im Verantwortungsbereich anderer Organe liegen. Da die berufstätigen Frauen fast hundertprozentig gewerkschaftlich organisiert und mehr als ein Drittel aller BGL- und AGL-Mitglieder Frauen sind, würde die Unterstellung der Frauenausschüsse unter die Betriebsgewerkschaftsleitung auch die zeitliche Belastung der in diesen Funktionen tätigen Frauen vermindern, die gegenwärtig häufig durch die Doppelgleisigkeit entsteht. Dieser Schritt entspricht der wachsenden Rolle und Verantwortung der Gewerkschaften als der größten demokratischen Massenorganisation und allseitigen Interessenvertreterin der Werktätigen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus.

Aus den dargelegten Gründen wird dem Bundesvorstand des FDGB empfohlen, diesen Vorschlag zu prüfen und in Vorbereitung der Gewerkschaftswahlen 1965 alle Voraussetzungen zu schaffen, um in den Betrieben der Industrie, im Handel, im Verkehrs-, Bau- und Gesundheitswesen, in kommunalen Betrieben und volkseigenen Betrieben der Land- und Forstwirtschaft Frauenausschüsse bei den Betriebsgewerkschaftsleitungen zu wählen. Das sollte auch in allen anderen Einrichtungen und In-